

Liebe Leserinnen und Leser,

hoffen wir, dass es 2014 endlich mit der Finanztransaktionssteuer klappt.

Auf europäischer Ebene dürfte sich mit der Bildung der neuen Bundesregierung nun endlich wieder etwas bewegen. Mit dem Koalitionsvertrag hat Finanzminister Schäuble einen klaren Auftrag für die zügige Einführung der Steuer bekommen. Das ist gut so. Zwar wehte in den europäischen Verhandlungen der politische Wind in den letzten Monaten in Richtung Verwässerung, doch entschieden wurde bisher über nichts und der Antrag für die "Verstärkte Zusammenarbeit" sieht eine breite Bemessungsgrundlage der Finanztransaktionssteuer explizit vor. Es wird also wieder einmal spannend.

Mitte Dezember hat sich nach drei Monaten Pause auch die zuständige EU-Ratsarbeitsgruppe endlich wieder einmal getroffen. Sie widmete sich jedoch vorrangig juristischen Aspekten. Die EU-Kommission und u.a. Deutschland und Italien nahmen dabei die Pläne klar in Schutz. Auch wenn die Rechtsfragen längst nicht ausdiskutiert sind, dürfte nun erstmal ein politischer Grundsatzbeschluss zum Anwendungsbereich der Steuer anstehen.

Obwohl die französische Regierung in den letzten Monaten durch Verwässerungsversuche unangenehm auffiel, ist sie zumindest bei der [Mittelverwendung](#) weiter als die Bundesregierung. Denn leider findet sich im Koalitionsvertrag keine Aussage zur Mittelverwendung im Sinne der Kampagne. Positiv ist allenfalls die in Aussicht gestellte Aufstockung des Entwicklungshilfeeats um zwei Milliarden Euro zu werten.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD
- Regierungsprogramm in Österreich
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

Dezember:

17. Dezember: Die neue Bundesregierung wird vereidigt. Finanzminister Schäuble hat nun die Beschlüsse des [Koalitionsvertrags](#) zur Finanztransaktionssteuer umzusetzen.

16. Dezember: Die [Bundesbank](#) fordert, Repo-Märkte von der Finanztransaktionssteuer ausnehmen.

12. Dezember: Die deutschen [Bankenverbände](#) beschwerten sich gemeinsam bei der EU-Kommission über die französische und italienische Finanztransaktionssteuer.

6. Dezember: [Finanzminister Schäuble](#) streicht die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer vorsichtshalber aus der mittelfristigen Finanzplanung und wird dafür vom haushaltspolitischen Sprecher der SPD, Carsten Schneider, scharf kritisiert.

November:

27. November: Die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen, der [Koalitionsvertrag](#) muss aber noch unterzeichnet werden.

26. November: Die [Bundesregierung](#) setzt sich weiter für die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.

26. November: Philipp Dobbert, Chefsvolkswirt der [Quirin-Bank](#), sieht in der Finanztransaktionssteuer "alles andere als eine schlechte Nachricht für die deutschen Sparer". Denn "die Finanztransaktionssteuer könnte sich im Grunde als ein Programm zur Eindämmung von aggressivem Portfoliomanagement erweisen, das langfristig orientierte, kostengünstige Anlageopportunitäten im Interesse der Anleger fördert."

23. November: [Siemens](#) rechnet mit etwa 100 Millionen Euro Belastungen durch die Finanztransaktionssteuer. Der Konzern unterhält eine Bank als Tochtergesellschaft.

18. November: Die Finanztransaktionssteuer sei ziemlich unsinnig und müsse weg vom Tisch, so Deutsche Bank-Chef [Jürgen Fitschen](#).

14. November: Die [Europa-Politiker](#) der Koalitionsparteien sprechen sich für eine breite Finanztransaktionssteuer aus.

9. November: Hessens Ministerpräsident [Bouffier](#) rechnet nicht mit der Finanztransaktionssteuer.

Entwicklungen im Ausland:

Dezember:

30. Dezember: [Brasilien](#) erhöht seine Finanztransaktionssteuer, um Fremdwährungsabflüsse einzuhegen.

29. Dezember: [EU-Steuerkommissar Semeta](#) zeigt sich offen für einen weniger breiten Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteuer.

18. Dezember: Frankreichs Entwicklungshilfeminister [Pascal Canfin](#) macht sich für die Finanztransaktionssteuer stark und unterstreicht dabei, dass ein signifikanter Teil der Einnahmen für Entwicklungshilfe und Klimaschutz verwendet werden soll.

17. Dezember: Die britische [Robin Hood Tax Campaign](#) erfreut eine Filiale der Bank HSBC mit subversiven Weihnachtsliedern und Schoko-Talern.

13. Dezember: Die [neue österreichische Regierung](#) verspricht laut Regierungsprogramm "Einsatz für die rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer".

11. Dezember: Ein [Papier der litauischen EU-Ratspräsidentschaft](#) listet mehrere in vorhergehenden Beratungen aufgeworfene strittige Punkte am Kommissionsvorschlag auf, die unter den Mitgliedstaaten beraten werden sollen.

9. Dezember: Laut einem Bericht des [britischen Oberhauses](#) unterminiert die Finanztransaktionssteuer den europäischen Binnenmarkt, weswegen die Regierung schärfer gegen die Steuerpläne vorgehen solle.

4. Dezember: Ein [neues Rechtsgutachten](#) der EU-Kommission bestätigt, dass die Pläne zur Finanztransaktionssteuer legal sind und entkräftet damit ein Gutachten des Juristischen Diensts des Europäischen Rates.

2. Dezember: [Frankreich, Italien und Spanien](#) sollen sich in informellen Gesprächen für stark verwässerte Formen der Finanztransaktionssteuer eingesetzt haben.

November:

28. November: Die Regierungen von Österreich, Belgien, Frankreich, Portugal, sowie das Europaparlament und die EU-Kommission wenden sich (wie zuvor die deutsche Regierung) als [Streithelfer](#) gegen die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer.

8. November: [Manfred Bergmann](#), Direktor für indirekte Steuern und Steuerverwaltung bei der EU-Kommission, hält die Einführung der Finanztransaktionssteuer Anfang 2015 für durchaus möglich.

Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD

Die neue Bundesregierung ist im Amt und muss nun den seit Ende November bekannten Koalitionsvertrag umsetzen. Die Finanztransaktionssteuer ist darin einer der Punkte, auf den sich die Koalitionsparteien am schnellsten einigen konnten. Dies lag daran, dass mit dem von Union und SPD im Juni 2012 mitgetragenen Fiskalpakt-Kompromiss bereits ein Formulierungsvorschlag vorlag (es heißt aber, für die CDU sei die Bekräftigung nicht selbstverständlich gewesen). Gleich drei Arbeitsgruppen (Finanzen, Europa, Entwicklung) hatten die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Die Formulierungen zur zügigen Einführung der Finanztransaktionssteuer sind ein großer Erfolg. Sie bringen frischen Wind in die schleppenden Verhandlungen auf europäischer Ebene. Auch wird die breite Bemessungsgrundlage (inklusive Derivaten) des Kommissionsentwurfs gestützt. Sie soll zudem noch um Devisentransaktionen erweitert werden (dazu wurde die Bundesregierung schon beim Fiskalpakt-Kompromiss verpflichtet). Ein Hintertürchen für Verwässerungen schafft die Formulierung, dass negative Folgen für Kleinsparer, Altersvorsorge, Realwirtschaft vermieden werden sollen.

Die Erwartungen der Kampagne bezüglich Zusagen zum Klima- und Umweltschutz sowie der Armutsbekämpfung wurden jedoch eher enttäuscht. So fielen ursprünglich eingebrachte Formulierungen zur Mittelverwendung in der Entwicklungshilfe in der finalen Verhandlungsrunde wieder heraus. Als prioritäre Maßnahme soll aber der Haushalt des Entwicklungshilfeministeriums um 2 Mrd. Euro aufgestockt werden. Ansonsten müssen alle nicht-prioritären Forderungen durch Einsparungen gegenfinanziert werden. Daher müssten die implizit geforderten Mehraufwendungen zum Schutz der Biodiversität durch andere Kürzungen im Umweltbereich ausgeglichen werden.

Konkrete Forderungen

Im Detail sind im Koalitionsvertrag folgende Aussagen zur Finanztransaktionssteuer sowie der Mittelverwendung gemäß den Forderungen der Kampagne enthalten:

1) Finanztransaktionssteuer einführen:

"Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umsetzen und zwar im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in der EU. Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstrumente umfassen, insbesondere Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen sowie Derivatekontrakte. Durch die Ausgestaltung der Steuer wollen wir Ausweichreaktionen vermeiden. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden sowie zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückzudrängen." (S. 64)

2) Entwicklungshilfe:

"Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Bundeshaushalts annähern. Wir wollen Deutschland weiter auf einen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen." (S. 181)

Entfallen ist hier die von der SPD eingebrachte Passage "Wir wollen Deutschland auf einen konkreten, realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen und streben an, diese Zielmarke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro zu erreichen. Dafür wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neuer Formen zur Besteuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen."

In der Rubrik "Prioritäre Finanzierungsmaßnahmen" wird aber immerhin festgehalten:

"Wir wollen Deutschland weiter auf einem Finanzierungspfad zum "0,7 Prozent Ziel" der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit am BIP (ODA-Quote) führen und stellen deshalb in der Legislaturperiode zwei Milliarden Euro bereit." (S. 89)

3) Finanzierung von Klimaschutz:

"Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. Der Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weltweit durch Kooperationen und Programme mit anderen Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländern, vorgebracht." (S. 51)

Entfallen ist hier der Satz: "Den Verpflichtungen bei der globalen Umweltschutzfinanzierung wird nachgekommen und die Ausgaben für die internationale Klimafinanzierung schrittweise gesteigert."

4) Finanzierung zum Schutz der Biodiversität:

"Die Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz werden eingehalten. Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau von Wäldern und Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung ein." (S. 119)

Entfallen ist hier ein Halbsatz zu Aufstockungen: "Die Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz werden eingehalten und sich international für weitere Aufstockungen eingesetzt".

5) Bekämpfung nationaler Armut:

Die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation armer Menschen vorgesehen sind, sind komplex und nicht leicht auszuwerten. Neben der Erhöhung des Mindestlohns gibt es immerhin auf S. 88f. in der Rubrik "Prioritäre Finanzierungsmaßnahmen" konkrete Zahlen für die Entlastungen von Kommunen bei Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen, den Ausbau von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur und die Eingliederung Arbeitssuchender.

Zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html>

Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 – 2018

Auch Österreich hat eine neue Regierung. Diese verspricht laut Regierungsprogramm den "Einsatz für die rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer" (S. 73). Auch später wird sie nur wenig konkreter: "Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird weiterhin vorangetrieben. Österreich wird sich an einer Einführung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit beteiligen, darüber hinaus wird es die Bestrebungen zu einer möglichst weltweiten Einführung fortsetzen." (S. 100)

Aussagen zur Mittelverwendung werden nicht getroffen.

Zum Regierungsprogramm:

<http://www.bka.gv.at/site/3354/default.aspx>

Kampagnenaktivitäten

Offener Brief vom 21.11. zur Mittelverwendung im Koalitionsvertrag

Die Kampagne fordert die Parteivorsitzenden der Koalitionsparteien dazu auf, den Entwicklungshaushalt sowie die Mittel für den internationalen Klimaschutz jährlich um jeweils eine Milliarde Euro zu erhöhen und diesen Beschluss in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Der Brief im Wortlaut:

<http://tinyurl.com/ForderungenKoalitionsvertrag>

Kampagnenversammlung am 5.12.

Die Kampagne kam am 5. Dezember zur Mitgliederversammlung in Berlin zusammen. Neben dem Austausch über aktuelle Entwicklungen fand ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Hartmut Koschyk (CSU) statt. Die Kampagne beriet außerdem über Prioritäten, um die Verhandlungen auf europäischer Ebene in Schwung zu bringen.

Am Vortag hatten sich Kampagnenvertreter bereits mit französischen Kolleginnen und Kollegen beraten.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.